

Polizei stellt Islamrat den Strom ab

Der Islamische Zentralrat Schweiz verlegte seine Konferenz «Longing for Peace» von Zürich nach Istanbul. Doch auch in der Türkei zeigten die Behörden kein Verständnis für die Salafisten.

Kurt Pelda

Wenn es nach dem Islamischen Zentralrat Schweiz (IZRS) geht, wird die Islamophobie in der Schweiz ein zunehmendes Problem für die hier lebenden Muslime. Der Lackmustest war die Weigerung der BVK-Personalvorsorge des Kantons Zürich, dem Islamrat für die Konferenz «Longing for Peace» (Sehnsucht nach Frieden) Räume im Oerliker World Trade Center zu vermieten. Was lag da näher, als dem Kanton Zürich ganz den Rücken zu kehren und die Konferenz in ein muslimisches Land zu verlegen?

Der IZRS wählte deshalb kurzerhand Istanbul als Veranstaltungsort, während Jahrhunderten die Hauptstadt des islamischen Kalifats. Wie Pressesprecherin Janina Rashidi in einer E-Mail schreibt, versäumte es die mit der Konferenzorganisation beauftragte Firma jedoch, eine Bewilligung einzuholen. Dies wäre nötig gewesen, weil die Veranstaltung öffentlichen Charakter hatte. Die Polizei habe dann das Wyndham Grand Hotel am Vorabend der Konferenz auf das Fehlen der Genehmigung aufmerksam gemacht. Die Angelegenheit sei für den IZRS und die Konferenzteilnehmer ärgerlich gewesen, schreibt Rashidi weiter. «Ein bisschen mehr Flexibilität hätten wir von den türkischen Behörden sehr wohl erwartet.»

Auffällig verhalten

Was sich nachfolgend abspielte, kann man einem ausführlichen Bericht des amerikanischen Komikers Aman Ali auf Facebook entnehmen. Ali hätte die Konferenz moderieren sollen. «Ich wurde am letzten Wochenende in der Türkei fast verhaftet, weil ich Witze erzählte. Jawohl, Witze.» Er sei kurz vor Konferenzbeginn eingetroffen, und da hätten ihm die Organisatoren gesagt, es gebe ein paar Probleme mit der Tonübertragung. «Ich fand dann heraus, dass diese Verzögerungen mit türkischen Polizisten zu tun hatten, die versuchten, die Veranstaltung zu stoppen, und das Hotel anwiesen, den Strom im Konferenzraum abzuschalten.»

Tatsächlich hatte der Islamrat seine Anhänger in der Schweiz, die nicht nach Istanbul reisen konnten oder wollten, damit vertröstet, dass man die Konferenz im Internet live mitverfolgen könne. Ohne Strom war das aber nicht möglich. Laut Komiker Ali sind die türkischen Behörden von der Schweiz vorgewarnt worden. Die Organisatoren



Nicolas Blancho, Präsident des Islamischen Zentralrats Schweiz, an einer Medienorientierung in Zürich. Foto: Keystone

hätten dann zwar noch versucht, beim türkischen Innenministerium zu intervenieren - aber ohne Erfolg.

Auf die Frage, ob der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) den Türken einen entsprechenden Hinweis gegeben habe, antwortete Pressesprecherin Isabelle Graber, dass sich der NDB grundsätzlich nicht zur Kommunikation mit seinen Partnerdiensten äussere.

Etwas aufschlussreicher waren die Ausführungen eines Beamten im türkischen Justizministerium. Der Mann ist nicht autorisiert, mit Medien zu sprechen, und möchte deshalb anonym bleiben. Zur Frage, ob Bern Ankara vorgewarnt habe, nahm er zwar ebenfalls nicht direkt Stellung. Er liess aber durchblicken, dass die Türkei so etwas nicht nötig habe. «Wir wissen, wer in unser Land einreist.» Und mit den Herren des Islamrats habe man schon einschlägige Erfahrungen gesammelt. So sei der Kommunikationsverantwortliche Qasim Illi

zusammen mit zwei weiteren IZRS-Mitgliedern 2013 kontrolliert worden, weil sich das Trio in der Türkei besonders auffällig verhalten habe. Die Polizei fand dann militärische Ausrüstungsgegenstände in ihrem Auto. Offensichtlich waren die Männer zur syrischen Grenze unterwegs. Weil man aber keine Waffen gefunden habe, seien sie wieder freigelassen worden, fügte der Beamte hinzu.

Islamophobe Türkei?

Als die Konferenzteilnehmer immer noch auf den Beginn der IZRS-Veranstaltung warteten, erzählte Aman Ali ein paar Witze zum Zeitvertreib. Bis ein Polizist ihm befahl, seine Darbietung sofort zu beenden. Andernfalls drohe Verhaftung. Der Komiker schlug den Organisatoren dann vor, seine Show auf einer Grünfläche vor Istanbul's berühmter Blauer Moschee fortzusetzen. Doch auch dort griff die Polizei ein mit der Begründung, dass öffentliche Aktionen des

Islamrats in der Türkei nicht erlaubt seien. Laut Pressesprecherin Rashidi fand ein Teil der Veranstaltungen aber doch noch statt, zum Beispiel auf einem angemieteten Schiff, mit dem die Gesellschaft über den Bosphorus fuhr.

Hätte sich der IZRS besser informiert, wäre ihm wohl klar geworden, dass die Regierung von Recep Tayyip Erdogan nach all den Terroranschlägen in der Türkei eine härtere Gangart gegenüber islamistischen Organisationen eingeschlagen hat. So wurde im März eine Veranstaltung von Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) in Istanbul verhindert. Dabei kam es auch zu Verhaftungen. Die Partei setzt sich unter anderem für das islamische Kalifat ein. Bleibt nur noch die Frage offen, ob sich das selbst ernannte Zentralorgan der Schweizer Salafisten nun auch über zunehmende Islamophobie in der muslimischen Türkei besorgt zeigen muss. Darauf blieb Pressesprecherin Rashidi eine Antwort schuldig.

Bistum schafft Stelle für Homosexuelle

Im Bistum Basel ist auf Anregung von Bischof Felix Gmür der Arbeitskreis Regenbogenpastoral ins Leben gerufen worden. Der Arbeitskreis soll sich der Lebensrealität von christlich engagierten Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen annehmen. Das Bistum wolle seine Seelsorge für diese Menschen verbessern, teilte das Bistum Basel mit Sitz in Solothurn am Donnerstag mit. Papst Franziskus habe sich mehrfach gegen die Diskriminierung von Menschen mit anderer sexueller Orientierung ausgesprochen.

Der Arbeitskreis Regenbogenpastoral ist gemäss Angaben des Bistums ein zielgruppenspezifischer Dienst, wie er bereits für Jugendliche, Anderssprachige und Migrantinnen sowie Migranten existiert. Das Leben und die Spiritualität von Lesben, Schwulen und weiteren Personen wolle man «aus einer Perspektive der ganzheitlichen Erfüllung verbinden», heisst es im Flyer des Arbeitskreises, der bereits seit Sommer 2016 besteht. Auch wolle man die Lebensrealität dieser Menschen «in Kirche und Gesellschaft erkennen, ernst nehmen und thematisieren». Vorurteile und Diskriminierung sollten abgebaut werden. (SDA)

Nachrichten

Asyl I

So wenige Asylgesuche wie seit sechs Jahren nicht mehr

In der Schweiz sind im letzten April 1307 Asylgesuche eingereicht worden, so wenige wie seit über sechs Jahren nicht mehr. Gegenüber April 2016 beträgt der Rückgang rund ein Viertel, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) am Donnerstag mitteilte. Tiefer war der Gesuchseingang gemäss SEM letztmals im Februar 2011. (SDA)

Asyl II

Viele Flüchtlinge sind minderjährig

Nach Angaben des Grenzschutzkorps wurden letztes Jahr 9416 Personen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren registriert. Das schreibt der Bundesrat in der am Donnerstag veröffentlichten Antwort auf eine Interpellation der Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Über die Hälfte der Minderjährigen war demnach zwischen 17 und 18 Jahre alt. Der Bundesrat betont, dass die Information in 95 Prozent der Fälle auf den Angaben der Person und nicht auf Dokumenten beruhte. (SDA)

Landwirtschaft

1000 Bauernhöfe stellten 2016 den Betrieb ein

Jeden Tag verschwinden in der Schweiz etwa drei Bauernbetriebe. Dieser Trend hat sich auch 2016 fortgesetzt. Vor allem kleine und konventionell bewirtschaftete Höfe werfen das Handtuch. Der Biolandbau dagegen floriert. 2016 gab es noch knapp 52300 Landwirtschaftsbetriebe. Das sind 990 Betriebe oder 1,9 Prozent weniger als 2015, wie das Bundesamt für Statistik schreibt. Seit 1980 hat sich ihre Zahl halbiert. (SDA)

Altersvorsorge

Genfer Grüne stellen sich gegen die Rentenreform

Die Grünen des Kantons Genf lehnen die Altersvorsorge 2020 ab. Wie die Kantonssektion in einer Mitteilung vom Donnerstag schreibt, könne sie «nicht akzeptieren, dass die Rentenreform auf dem Buckel der Frauen ausgetragen wird und die Tür für eine generelle Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre öffnet». Die Genfer Grünen weisen damit wie die SP des Kantons Genf von der Haltung ihrer Mutterpartei ab. (SDA)

Energie

Verband der Stromfirmen erhält neuen Präsidenten

Michael Wider ist von der Generalversammlung zum neuen Präsidenten des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) gewählt worden. Er übernimmt das Amt von Kurt Rohrbach. Wider ist 55-jährig, Jurist und seit 30 Jahren in der Energiebranche tätig, schreibt der Verband in einer Mitteilung vom Donnerstag. (SDA)

«Die Skepsis gegenüber jeder Einwirkung von aussen wächst»

Deza-Vizedirektor Thomas Greminger erklärt, wie die Schweiz Demokratie exportieren will. Und wie schwierig das bisweilen ist.

Mit Thomas Greminger sprach Daniel Foppa

Ist es sinnvoll, dass Länder wie die Schweiz Demokratisierungsprozesse in anderen Ländern unterstützen? Und wie erfolgreich kann ein solcher Prozess überhaupt sein? Zu diesen Fragen hat gestern an der Universität Zürich ein internationales Kolloquium stattgefunden. Thomas Greminger, stellvertretender Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), erläuterte dabei die Sicht des Bundes.

Wie steht es weltweit um den Demokratisierungsprozess? Entwicklungen wie in Russland und der Türkei lassen am Fortschreiten dieses Prozesses zweifeln.

Der globale Trend ist tatsächlich nicht erfreulich. Allerdings gibt es durchaus positive Beispiele, die weniger spektakulär sind und weniger zur Kenntnis genommen werden. Ich denke an Länder wie Burkina Faso oder auch Tunesien. Dort unterstützt die Schweiz aktiv Demokratisierungsprozesse in der Folge des Arabischen Frühlings - etwa durch den Aufbau der Wahlinfrastruktur und durch

Staatskundeunterricht, der via Radio in abgelegene Regionen gesendet wird.

Ist nicht der Arabische Frühling ein Beispiel für einen zum Grossteil gescheiterten Demokratisierungsprozess?

Der Arabische Frühling hat sicher auch zu Enttäuschungen geführt - etwa in Ägypten. In Ländern wie Tunesien löste er jedoch positive Trends aus, die zwar noch nicht konsolidiert sind, aber in eine erfreuliche Richtung weisen. Demokratisierungsprozesse verlaufen in der Regel nicht linear ab, wie wir aus unserer eigenen Geschichte wissen.

Die ganze Welt hofiert China. Der Westen scheint zunehmend bereit, für stabile wirtschaftliche Bedingungen auf Fortschritte bei der Demokratisierung und den Menschenrechten zu verzichten.

China tritt dank seines wirtschaftlichen Erfolgs selbstbewusster auf, aber ich denke nicht, dass der Westen willfähriger geworden ist. Man kann China nun



Thomas Greminger
Der Botschafter ist seit August 2015 Vizedirektor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in Bern. Er leitet den Bereich Südzusammenarbeit.

mal nicht zwingen, sein politisches System zu ändern - auch wenn das Tempo der Reformen im nicht wirtschaftlichen Bereich enttäuschend ist. Verbesserungen können nur im Dialog erzielt werden. Indem man China zum Beispiel die Vorteile von Rechtsstaatlichkeit und politischer Partizipation darlegt. Ich selbst war am Menschenrechtsdialog der Schweiz mit China beteiligt. Da gibt es Spielräume und Fortschritte.

Das hört sich schönfärberisch an. Die Menschenrechtslage in China ist prekär wie eh, die Welt weiss zum Beispiel nicht, wie viele Personen dort jährlich hingerichtet werden.

Bei der Todesstrafe wurden tatsächlich kaum Fortschritte erzielt - allenfalls marginale, indem Revisionsinstanzen geschaffen wurden, die die Anzahl Urteile reduzierten. Fortschritte gibt es jedoch bei der Justiz- und Gefängnisreform, bei der auch die Schweiz mitgeholfen hat.

Wird es überhaupt geschätzt, wenn Länder wie die Schweiz ihre Vorstellungen von Demokratie exportieren wollen?

Es gibt eine wachsende Gruppe von Ländern, die sehr skeptisch sind gegenüber jeder Einwirkung von aussen. Da ist jeweils rasch von unerwünschter Einmischung die Rede, vom Aufkotzen westlicher Konzepte, und es wird eine Abwehrhaltung eingenommen. Das ist insbesondere bei Ländern in Afrika und Asien der Fall, die in den letzten zehn

Jahren wirtschaftlich erfolgreich wurden. Dort ist auch eine restriktivere Gesetzgebung gegenüber internationalen NGOs festzustellen.

Wie geht man denn im Idealfall bei der Demokratieförderung vor?

Demokratieförderung kann nur gelingen, wenn der Wille dazu im betreffenden Land selber ausgeprägt ist. Dies muss nicht zwingend bei der Regierung der Fall sein, die Initiative kann auch von der Zivilgesellschaft ausgehen. Solche Prozesse kann man unterstützen und verstärken, indem man Wahlen, Parlamente, Aufsichtsbehörden und Medien stärkt. Insbesondere kommunal oder lokal angesiedelte Demokratisierungsprozesse können erfolgreich sein. Denn es gibt autokratische Regimes, die politische Partizipation im lokalen Rahmen zulassen. In einem solchen Rahmen kann man dann das Bewusstsein der Menschen dafür stärken, dass sie Anrecht auf eine korrekte Regierungsführung haben.

Das klingt fast schon subversiv.

Ich würde es als Aufbau von unten bezeichnen. Zudem unterstützen wir auch die staatlichen Stellen dabei, ein entsprechendes Partizipationsangebot zu entwickeln. Im Moment zum Beispiel in Laos. Wenn die Bevölkerung bei staatlichen Entscheidungen eingebunden ist, identifiziert sie sich damit, auch wenn das Ergebnis weniger positiv als erwartet ausfällt. Dies ist ein stabilisierender Faktor und damit auch im Interesse des Staates.